

**Filmskript: 70 Jahre Grundgesetz - Unsere lebendige Verfassung**

TC	TEXT
0:02	<b>1948. Eine Frau sitzt in der Strafanstalt Diez, ein Mann im Rottenburger Gefängnis. Beide wegen schwerer Verbrechen zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung wird vorbereitet. Doch soll die Todesstrafe im Deutschland der Nachkriegszeit noch gelten?</b>
0:23	<b>Das entscheiden diese Männer und Frauen. Zwischen September 1948 und Mai 1949 beraten und verabschieden sie unser Grundgesetz. Darunter diese Persönlichkeiten: Carlo Schmid, Theodor Heuss, Adolf Süsterhenn und Friedrich Wilhelm Wagner.</b>
0:50	<b>Wird das Grundgesetz, das sie entwerfen, den beiden Todeskandidaten das Leben retten?</b>
1:00	<b><i>70 Jahre Grundgesetz Unsere lebendige Verfassung</i></b>
1:12	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Nach dem Zweiten Weltkrieg sind es unsichere Zeiten, die Hälfte aller Wohnungen ist zerbombt, einen funktionierenden Staat gibt es nicht mehr. Deutschland ist besiegt, besetzt, geteilt. Wie der Neuanfang aussehen kann, ist alles andere als klar. Die Siegermächte des zweiten Weltkriegs sind zerstritten.“</i>
1:29	<b>Damals herrschen Franzosen, Amerikaner und Briten in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, in der Ostzone hat die Sowjetunion das Sagen.</b>
1:40	<b>Die Alliierten haben zwar in ihren Zonen neue Länder gegründet. Doch zwischen den Zonen gibt es zunächst noch Passkontrollen. Wie zum Beispiel an der Rheinbrücke bei Karlsruhe-Maxau, wo die französische an die amerikanische Zone grenzt. Bis 1948 heben die drei Westmächte die Grenzkontrollen auf, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau voranzutreiben.</b>
2:05	<b>Denn besonders in den zerstörten Städten ist die Not groß. Mehr als ein Drittel der Menschen haust in Notunterkünften. Ein Zusammenschluss der Westzonen soll den Wiederaufbau erleichtern und den Westdeutschen wieder mehr Verantwortung übertragen. Die Idee: Aus den drei Westzonen soll ein Bundesstaat entstehen.</b>
2:26	<b>Am 1. Juli 1948 werden die Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen nach Frankfurt einbestellt. Auftrag: Staatsgründung.</b>
2:35	<i>„Die Militärgouverneure wiesen die Ministerpräsidenten an, bis spätestens 1. September diesen Jahres eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, um wenigstens Westdeutschland zu einer politischen Einheit zusammenschließen. Auf dem Fundament einer demokratischen Verfassung soll dann eine westdeutsche Regierung errichtet werden.“</i>
2:52	<b>Nur zwei Monate Zeit haben die Ministerpräsidenten, um die Beratungen über diese Verfassung vorzubereiten.</b>

2:59	<b>Wie der Staat heißen könnte, ist noch unklar. Ein Karnevals-Hit aus dem Herbst 1948 macht einen Vorschlag.</b>
3:08	<i>„Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“.</i>
3:16	<b>Die Lage ist jedoch ernst: Wenn die westlichen Zonen sich zusammenschließen, ohne die sowjetische Besatzungsmacht einzubinden, zementiert das die Teilung Deutschlands. Kann man die Deutschen in der sowjetischen Zone im Stich lassen? fragen sich die westdeutschen Politiker.</b>
3:35	<b>Eine mögliche Lösung: ein provisorisches Grundgesetz für einen vorübergehenden westlichen Teilstaat – Wortführer dieser Idee ist der SPD-Politiker Carlo Schmid. Schmid, in jungen Jahren Universitätsdozent und Richter, wird im Oktober 1945 Regierungschef des neuen Landes Württemberg-Hohenzollern in Tübingen.</b>
4:04	<b>Dort engagiert er sich für den demokratischen Wiederaufbau nach Kriegsende. Die Lebensbedingungen sind hart, die Wege beschwerlich, es fehlt an Nahrung, Heizung und Arbeitsmaterial. Mit Schnitzel und Kartoffelsalat lockt er die Landräte zu Besprechungen, um den Wiederaufbau einer funktionierenden Verwaltung voranzutreiben.</b>
4:27	<b>Auch bei den Beratungen zum Grundgesetz fällt Schmid eine zentrale Rolle zu. Im August 1948 fährt er zum Verfassungskonvent nach Herrenchiemsee. Ein kleiner Kreis von Politikern und Rechtsexperten macht sich im Auftrag der Ministerpräsidenten hier an die Arbeit.</b>
4:46	<b>Gerhart Baum:</b> <i>„Das war ein Gremium, das für sich erst einmal ungestört ohne starke Verbindungen zur Außenwelt gearbeitet hat und es war völlig offen, ob das was sie da als Verfassung hervor gebracht haben wirklich zum Leben erweckt würde, das wusste man nicht.“</i>
5:08	<b>Das Speisezimmer des bayerischen Königs Ludwig des Zweiten wird zur Keimzelle der Bundesrepublik.</b>
5:19	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„26 Vertreter der deutschen Länder schreiben hier innerhalb von nur 13 Tagen einen Entwurf für das Grundgesetz: ganze 149 Artikel. Heute kaum noch vorstellbar: bis auf zwei Telefone haben sie keinen Kontakt zur Außenwelt. Es gibt dieses Beratungszimmer hier, und den großen Luxus täglich von einem Liter Bier, einer halben Flasche Wein und 12 Zigaretten oder drei Zigarren pro Person.“</i>
5:44	<b>Sie wollen es <u>anders</u> machen. Die Grundrechte des Einzelnen sollen garantierte Grundrechte werden. Jeder Mensch soll vor staatlichen Übergriffen geschützt werden. Ihnen geht es etwa um:</b> <b>die freie Entfaltung der Persönlichkeit,</b> <b>das Recht zu demonstrieren,</b> <b>das Recht, seinen Beruf frei zu wählen</b> <b>und die Religionsfreiheit.</b>
6:20	<b>Der Mensch und seine Rechte stehen im Mittelpunkt. Dieser Gedanke bestimmt die Beratungen zum Grundgesetz von Anfang an. Auf Herrenchiemsee wird diese</b>

	<b>Idee zum ersten Artikel des Verfassungsentwurfs. Carlo Schmid formuliert: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.“</b>
6:47	<b>Es ist ein radikal neuer Gedanke, der auch Ferdinand Kirchhof, früher Vize-Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, in seiner Arbeit geprägt hat.</b>
6:55	<b>Ferdinand Kirchhof:</b> <i>„Also es war nicht nur eine Reaktion auf die Fehler die man in der Weimarer Zeit gemacht hat, sondern auch eine bewusste Abkehr von den Taten des Naziregimes, wo man es genau umgekehrt verstanden hat. Da sagte man, Du bist nichts, dein Volk ist alles. Dass Menschenwürde Prinzip 180 Grad Drehung sozusagen dagegen – der Staat ist für den Menschen da und nicht der Mensch für den Staat. Und aus diesem Menschenwürdeprinzip kommen auch die ganzen Grundrechte. Der Staat muss die Grundrechte beachten, weil der Staat für den Menschen da ist.“</i>
7:34	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Später wurde der Satz „die Würde des Menschen ist unantastbar“ sogar zum ersten Grundrecht – der Schutz der Menschenwürde wurde zum zentralen Prinzip des Grundgesetzes. Einer, der sich in diesem Raum hier dafür besonders einsetzte, war der rheinland-pfälzische Justizminister Adolf Süsterhenn.“</i>
7:51	<b>Dem katholischen Anwalt ist der Schutz des Einzelnen vor staatlicher Übermacht besonders wichtig. Der konservative Denker verteidigte während der NS-Zeit Geistliche vor den Nationalsozialisten.</b> <b>1946 wird er zum Justizminister von Rheinland-Pfalz in Koblenz ernannt. Einer Stadt, in der beim Einmarsch der Amerikaner neun von zehn Wohnungen zerstört oder beschädigt sind. CDU-Mitglied Süsterhenn bedrückt das Leid seiner Landsleute und er will vorsorgen – die Schrecken der Nazizeit sollen sich niemals wiederholen.</b>
8:27	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Süsterhenn formulierte als erster, dass menschliche Freiheitsrechte und der Schutz der Menschenwürde auf ewig gelten sollen, geschützt vor staatlichem Zugriff – auch in Notzeiten. Dieser Gedanke ist heute im Artikel 79 Grundgesetz, der sogenannten Ewigkeitsgarantie verbrieft. Die wichtigsten Prinzipien des Grundgesetzes: also Schutz der Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat und Sozialstaat – sie dürfen nicht abgeschafft werden.“</i>
8:55	<b>Unter Adolf Hitler fielen sie staatlicher Willkür zum Opfer.</b> <b>Durch das Ermächtigungsgesetz 1933 konnten die Nationalsozialisten Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzen: etwa das Recht auf Religionsfreiheit, das Recht auf Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht. Der Terror der Nazis kannte nun kaum noch Schranken.</b>
9:30	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Das sollte nie wieder passieren. Und als Garant dafür haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes etwas Besonderes ausgedacht. In Karlsruhe steht das Ergebnis. Das Bundesverfassungsgericht hier hinter mir. Als unabhängige Instanz gewährleistet es, dass die Verfassung nicht ausgehebelt werden kann und dass Gesetze der Verfassung nicht widersprechen. Bürgerinnen und Bürgern können hier klagen, um ihre Grundrechte gegenüber dem Staat durchzusetzen.“</i>

9:54	<b>Seit 1951 hat das Bundesverfassungsgericht der Staatsmacht immer wieder Grenzen gesetzt.</b>
10:03	<b>Ferdinand Kirchhof:</b> <i>„Also das Grundrecht auf dem Papier nützt mir nichts, sondern ich muss auf das Papier pochen können und meine Grundrechte einfordern können. Und im Alltag kommt es vor, dass sicher nicht immer vorsätzlich, sondern auch nachlässig vielleicht grundrechtssensible Bereiche vom Staat betreten werden, zu weit betreten werden. Und da brauche ich den Schutz.“</i>
10:23	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>"Eine, die sich auf diese Rechte berufen hat, ist Fereshta Ludin aus Stuttgart. Die Deutsche mit afghanischen Wurzeln studierte Deutsch, Englisch und Gemeinschaftskunde, um Lehrerin zu werden. Als gläubige Muslima trägt sie in der Öffentlichkeit ein Kopftuch – doch das Oberschulamt Stuttgart verbietet ihr, mit Kopftuch zu unterrichten. Ihr Grundrecht auf Religionsfreiheit – Artikel 4– sieht sie dadurch verletzt.“</i>
10:46	<b>Fereshta Ludin will gegen das Kopftuchverbot vorgehen. Ihr Argument: Katholischen Ordensschwester ist es erlaubt, im Habit zu unterrichten. Wo ist der Unterschied zum Kopftuch?</b>
11:03	<b>Ferdinand Kirchhof:</b> <i>„Diese Kopftuch-Fragen zeigen deutlich, wie schwierig es manchmal ist mit einer Verfassung optimal hinzukommen - wo verschiedene Rechtspositionen sind: auf der einen Seite das Interesse des Staates, dass er neutral ist, er muss neutral gegenüber dem Bürger sein. Auf der anderen Seite das Interesse der Lehrerin auf Religionsfreiheit. Dann das Interesse der Eltern und Kinder für einen oder das Interesse auf einen Unterricht, der irgendwie von religiösen Vorstellungen so geprägt ist, dass die Kinder dem nicht ausweichen können.“</i>
11:44	<b>Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes müssen diese komplexen Interessen gegeneinander abwägen. 2003 urteilen sie über die Verfassungsbeschwerde der Lehrerin.</b>
11:59	<b>Original-Kommentar:</b> <i>„Eine knappe Mehrheit von 5 der 8 Richter gab Fereshta Ludin Recht. Das Land Baden-Württemberg darf ihr nicht das Lehramt verweigern, ohne dass es für diese religiösen Kleiderfragen ein spezielles Gesetz gibt.“</i>
12:12	<b>Acht Bundesländer erlassen daraufhin Kopftuchverbotsgesetze. Gegen diese wehren sich erneut muslimische Pädagoginnen. 2015 kippt das Bundesverfassungsgericht in einem zweiten Urteil die Kopftuchverbote an Schulen. Auch für Kindergärten sind Kopftuchverbote seit 2016 in der Regel unzulässig.</b>
12:36	<b>Ferdinand Kirchhof:</b> <i>„Das erste Urteil sagte, der Gesetzgeber muss es entscheiden und muss es generell entscheiden, für alle Schulen im Land. Die zweite Entscheidung sagt, wir müssen auf die konkrete Schule gucken und wir dürfen erst ein Kopftuch untersagen, wenn der Schulfrieden gestört ist.“</i>

12:52	<b>Fereshta Ludin hat einen wichtigen Prozess angestoßen. Es war die Verfassungsbeschwerde einer einzelnen Frau, die ein gesellschaftliches Problem zum Thema machte.</b>
13:05	<b>In der Geschichte der Bundesrepublik hat das Bundesverfassungsgericht schon viele wegweisende Entscheidungen getroffen, zum Beispiel 1961: Die Richter verhindern ein Regierungsfernsehen.</b>
13:21	<b>1992. Das Gericht stärkt die Rechte von Friedensaktivisten, die vor einer Kaserne bei Reutlingen demonstriert hatten. Ihre Sitzblockade war vom Recht auf Versammlungsfreiheit gedeckt.</b>
13:33	<b>2007: Das Cicero-Urteil. Die Redaktionsräume eines politischen Magazins zu durchsuchen, um „Whistleblower“ zu enttarnen, ist dem Staat verboten. Wo Journalisten arbeiten, haben Ermittlungsbehörden nichts zu suchen.</b>
13:49	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Seit der Nachkriegszeit haben sich die Themen gewandelt. Terroristische Anschläge konfrontierten die Verfassungsrichter seit 2001 immer wieder mit der Frage: Wie weit dürfen die Rechte der Bürger eingeschränkt werden, um Terrorismus zu bekämpfen?“</i>
14:04	<b>Den schwersten islamistischen Anschlag erlebt Deutschland im Dezember 2016. Ein Terrorist rast in den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz. Zwölf Menschen kommen ums Leben. Wie kann man das in Zukunft verhindern?</b>
14:21	<b>Gerhart Baum:</b> <i>„Wir haben die Neigung entwickelt, nach jedem Anschlag darüber nachzudenken, ob wir nicht die Gesetze ändern, das ist auch geschehen. Und man glaubte, wenn man die Gesetze ändert, löst man das Problem. Typisch deutsches Denken, Problem ist erledigt.“</i>
14:41	<b>Eine Aufgabe des Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Doch wie weit darf er dafür auch ihre Rechte einschränken, etwa das Recht auf Privatsphäre?</b>
14:58	<b>Das wurde bereits 1998 diskutiert. Polizei und Ermittlungsbehörden erhielten per Gesetz neue Befugnisse – um zum Beispiel Wohnungen und Telefone zu überwachen und heimlich abzuhören.</b>
15:11	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Mit seinem Urteil im Jahr 2004 hat das Bundesverfassungsgericht dem sogenannten „Großen Lauschangriff“ Grenzen gesetzt – zum Schutz der Menschenwürde. Jeder Mensch habe gerade in der privaten Wohnung ein so wörtlich „Recht, in Ruhe gelassen zu werden“. Ohne dass der Staat mithört. Das Gericht nennt das den „Kernbereich“ der Privatsphäre. Gespräche in der privaten Wohnung im engsten Familienkreis, oder mit Vertrauenspersonen wie Ärzten, Pfarrern, und Strafverteidigern dürfen so gut wie nie abgehört werden. Der rote Faden zu allen Urteilen aus Karlsruhe zu den Sicherheitsgesetzen lautet: Ja – der Staat darf abhören oder überwachen, um schwere Straftaten zu verhindern oder aufzuklären. Aber: Immer nur in bestimmten Grenzen.“</i>
15:55	<b>Er verwies den „Großen Lauschangriff“ in seine Grenzen. Schon mehrmals stoppte der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum mit Klagen vor dem</b>

	<b>Bundesverfassungsgericht neue Sicherheitsgesetze. Für den Liberalen definiert das Grundgesetz vor allem eins: Freiheit.</b>
16:14	<b>Gerhart Baum:</b> <i>„Wir haben eine sicherheitspolitische Aufrüstung über all die Jahrzehnte, die so scheinbarweise Freiheit eingeschränkt haben, auch dort wo es gar nicht notwendig war. Übermaß.“</i>
16:24	<b>Ferdinand Kirchhof:</b> <i>„Man kann also die Freiheit auch zu Tode schützen im Extrem. Und da muss ein Grundgesetz die Pflöcke einschlagen wo die Wertungspunkte sind - die Freiheit des Bürgers und auf der anderen Seite der Sicherheitsanspruch des Staates und auch der Gesellschaft. Eine neue terroristische Gefahr erfordert eine neue Abwägung, weil das Risiko höher geworden ist. Dann schlägt das Pendel sicher in Richtung Sicherheit aus.“</i>
16:49	<b>Immer wieder hat das Bundesverfassungsgericht die Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit ausgelotet. Doch nicht nur der Staat gefährdet unser Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Sondern auch private Konzerne, die unsere Daten sammeln und verkaufen. Wer kontrolliert Facebook, Google und Co.?</b>
17:10	<b>Gerhart Baum:</b> <i>„Wir werden manipuliert in unserem Kaufverhalten. Das ist noch harmlos. Aber auch in unserem politischen Verhalten siehe Wahlkampf von Trump, das heißt, das ist für die Freiheit eine Riesengefahr. Das Gericht in Karlsruhe hat die sehr früh erkannt und 2008 gesagt, hier gibt es eine Barriere. Hier gibt es eine Schranke, wo der Staat eine Schutzpflicht hat.“</i>
17:35	<b>Auch im Internetzeitalter ist das Bundesverfassungsgericht die maßgebliche Instanz, die den Geist des Grundgesetzes hütet – etwa im Fall unserer digitalen Privatsphäre.</b>
17:48	<b>Im September 1948 ist das noch ferne Zukunftsmusik, als in Bonn unsere Verfassung entsteht. Auf der Grundlage des Entwurfes von Herrenchiemsee soll ein sogenannter Parlamentarischer Rat das Grundgesetz ausarbeiten und verabschieden. Bonn ist weitgehend unzerstört, die Abgeordneten werden in komfortablen Hotels untergebracht. Es gibt eine anständige Verpflegung und extra Rationen Feuerholz - für damalige Verhältnisse ist das sehr viel.</b>
18:26	<b>Originalton Wochenschau:</b> <i>„Im Alexander König Museum in Bonn wurde der erste Zusammentritt des Parlamentarischen Rates mit einem feierlichen Festakt vollzogen. Ministerpräsident Arnold hielt die Eröffnungsansprache. Die drei westlichen Militärgouverneure hatten ihre Vertreter entsandt. Nach der vorbereitenden Arbeit auf Herrenchiemsee werden die 65 Vertreter der Deutschen Länder eine vorläufige Verfassung festlegen, die als Grundordnung eines künftigen deutschen Staatsgebildes dienen soll.“</i>
18:49	<b>Eine Akademie für Lehrerausbildung, später Teil des Bundeshauses, wird für die nächsten Monate ihre Heimat.</b>
19:04	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Hier in diesem Gebäude tagten sie. Eine Mammutaufgabe, auch wenn es mit dem Entwurf von Herrenchiemsee schon eine gute Grundlage gab.“</i>

19:13	<b>Dr. Dietmar Preißler:</b> <i>„So Herr Bräutigam, wir gehen jetzt den gleichen Weg, den die Väter und Mütter des Grundgesetzes gegangen sind, nämlich in den Raum, wo der Parlamentarische Rat tagte, wo die Tinte des Grundgesetzes floss, und schauen uns Kulturgut an, nämlich Fotografien aus der Zeit, und ich darf hierzu Ihnen die Handschuhe geben.“</i>
1931	<b>65 Parlamentarier, gewählt von den Landtagen in den Westzonen, beginnen im September 1948 mit der Arbeit.</b>
19:40	<b>Dr. Dietmar Preißler:</b> <i>„Wir sehen hier ein Bild, mitten in den Saal, das ist die Aula der Pädagogischen Akademie, wo der Parlamentarische Rat eben 1948/49 tagte.“</i>
19:50	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Jedes Mitglied das hier sitzt hat ja auch eine persönliche Vorgeschichte, die mussten teilweise extrem unter der NS-Zeit auch leiden, oder?“</i>
20:06	<b>Dr. Dietmar Preißler:</b> <i>„Ja, es ist natürlich eine Geschichte, die geprägt ist auch vom Nationalsozialismus. Viele Mitglieder des Parlamentarischen Rates mussten ihre berufliche Karriere abbrechen, einige von ihnen saßen sogar im Konzentrationslager und wiederum andere hat es sogar ins Ausland getrieben. Und die trafen sich hier zusammen und wollten eine neue demokratische Verfassung auf den Weg bringen.“</i>
20:20	<b>Originalton Wochenschau:</b> <i>„Die erste Sitzung des Rates in der Pädagogischen Akademie.“</i>
20:28	<b>Politische Weltanschauungen prallen hier aufeinander: von Kommunisten über SPD und FDP bis hin zu CDU und CSU.</b>
20:39	<b>Dr. Dietmar Preißler:</b> <i>„Natürlich hatten die noch den zweiten Weltkrieg in ihren Köpfen, und nun befand man sich ein paar Jahre später in der Situation eines Kalten Krieges, nachdem die Großmächte – die Westlichen auf der einen Seite, die Sowjetunion auf der anderen Seite – keine Lösung für Deutschland oder für die Welt gefunden haben. Und in diesem Kalten Krieg war denen natürlich auch klar: wir müssen vorsichtig sein. Das darf nicht mehr umschlagen in einen heißen Krieg, und das war eine ernste Situation.“</i>
21:06	<b>Noch gibt es keinen Staat, doch die Bevölkerung nimmt durch Briefe regen Anteil. Auch die Frage, welche Fahne das Staatswesen haben soll, muss durch den Parlamentarischen Rat festgelegt werden.</b>
21:21	<b>Originalton Wochenschau:</b> <i>„Hier der Entwurf eines 13-jährigen Mädchens. Ein Fahnenausschuss berät über die verschiedenen Vorschläge, die alten Bundesfarben von 1848 Schwarz-Rot-Gold, sind in vielen Eingaben zu finden.“</i>
21:33	<b>Artikel 22, der die Flagge festlegt, ist nur einer von 146 Artikeln, die verabschiedet werden müssen. Und die Alliierten machen Druck: das Grundgesetz soll nach drei Monaten fertig sein.</b>
21:48	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Während der monatelangen Beratungen im Parlamentarischen Rat hatten die Alliierten Zugriff auf alle Sitzungsprotokolle. Und auch im Geheimen verfolgten sie die Diskussionen: Telefone wurden abgehört, die politische Haltung und Persönlichkeiten</i>

	<i>der Parlamentarier wurden genauestens dokumentiert. Der amerikanische Journalist Theodor White beschrieb die Nähe der alliierten Verbindungsoffiziere zu den Parlamentariern mit den Worten: „Wir beobachten sie, dann laden wir sie zum Cocktail und Abendessen ein und treffen uns mit ihnen zum Mittagessen.“</i>
22:16	<b>Es gibt nur wenige Filmaufnahmen der Beratungen, dafür darf eine Frau ganz nah an die Parlamentarier ran, um das historische Geschehen für die Nachwelt festzuhalten: Die Fotografin Erna Wagner-Hehmke.</b>
22:31	<b>Dr. Dietmar Preißler:</b> <i>„Sie hat 1200 Fotos geliefert in der Zeit und nicht bloß diese dokumentarische Fotografie, die natürlich notwendig war, die ihrem Auftrag entsprach. Sie hat es auch fertiggebracht, Atmosphäre mit einzufangen, zum Beispiel Skat spielende Fahrer, Sekretärinnen bei der Arbeit.“</i>
22:50	<b>Und zur Arbeit gehörten damals die Zigarette oder Zigarre.</b>  <b>An Nichtraucherchutz denkt damals niemand, heute sieht das anders aus.</b>
23:03	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Darf der Staat mit einem Rauchverbot in Kneipen die Berufsfreiheit der Kneipenbesitzer, Art. 12 Grundgesetz, massiv einschränken? Mit dem Argument, dass der Gesundheitsschutz, also der Schutz der Menschen vor dem Passivrauchen überragend wichtig ist? Ich bin auf dem Weg zu Ulrich Neu, für den dieser Konflikt zu einer Existenzfrage wurde, die das Bundesverfassungsgericht klären musste.“</i>
23:24	<b>Dem Tübinger Wirt blieb durch das Rauchverbot die Kundschaft weg.</b>
23:28	<b>FB:</b> „Herr Neu, als das Rauchverbot damals in Kraft trat, was war dann auf einmal los in Ihrer Kneipe?“ <b>NEU:</b> „80 Prozent meiner Gäste haben geraucht und jetzt sollten sie auf einmal die Zigaretten drin lassen, das ging einfach nicht, im Laufe der Zeit waren es 60-70 Prozent was weniger war“ <b>FB:</b> „Was fanden Sie denn ungerecht, jetzt im Vergleich zu den größeren Kneipen?“ <b>NEU:</b> „Die größeren Kneipen hatten die Möglichkeit, einfach einen Raum abzuteilen und zu sagen, jetzt machen wir einen Nichtraucherraum- und einen Raucherraum. Das konnte ich nicht, von der Architektur her ging das gar nicht und von der Größe her auch nicht“ <b>FB:</b> Und dann gab's den Tag des Urteils, kurz nach 10 ist das ja immer. Wie haben Sie dann reagiert, als Sie gehört haben, ich habe gewonnen? <b>NEU:</b> „Gigantisch, auch das Urteil, wie das gefallen ist, ich muss sagen, das war eine richtig gute Lösung mit den 70 Quadratmeter oder 75 Quadratmetern, das war einfach gut.“ <b>FB:</b> „Das heißt, Ihre Grundrechte waren da was wert, dem Gericht, ne?“ <b>NEU:</b> „Ja, auf jeden Fall“
24:32	<b>Das Ergebnis: Ausnahmen vom Rauchverbot, etwa für einräumige Kneipen unter 75 Quadratmetern, sind möglich.</b>
24:42	<b>Sie hat ähnliche Verfassungsbeschwerden wie die von Ulrich Neu entschieden. 12 Jahre lang war sie Richterin am Bundesverfassungsgericht. Gertrude Lübbe-</b>



	<b>Wolff glaubt, dass die Verfassungsbeschwerde die Demokratie entscheidend stärkt.</b>
25:00	<b>Gertrude Lübbecke-Wolff:</b> <i>„Der Erfolg des Grundgesetzes ist wesentlich darin begründet, dass es von den Bürgern angenommen worden ist und geschätzt wird, bejaht wird. Und dazu hat ganz wesentlich auch die Institution der Verfassungsbeschwerde beigetragen, weil sie dazu führt, dass immer wieder die Verfassung und das, was sie für die Bürger bedeutet, öffentlich zum Thema gemacht und für die Bürger verständlich wird.“</i>
25:33	<b>Mit ihren Entscheidungen setzen die Richter am Bundesverfassungsgericht das Grundgesetz seit 68 Jahren durch. Unter ihnen gab es schon immer Frauen, wenn auch in der Minderheit.</b>
25:46	<b>Auch im Parlamentarischen Rat 1948 fällt auf, dass fast nur Männer das Grundgesetz schreiben.</b>
25:59	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Man hört und liest ja immer von den Vätern der Verfassung, aber es gab ja auch die Mütter, und zwar vier an der Zahl. Wir schauen uns mal zusammen ein Foto an. Ist das ein Schnappschuss?“</i>
26:15	<b>Dr. Dietmar Preißler:</b> <i>„Nein, das ist kein Schnappschuss. Erna Wagner-Hehmke hat diese Aufnahme gemacht, es gibt insgesamt 18 mit den Müttern des Grundgesetzes und sie hat diese vier Damen inszeniert ins Bild gesetzt“</i>
26:21	<b>Eine von ihnen ist Elisabeth Selbert. Die 52jährige SPD-Politikerin arbeitet in Kassel als Juristin.</b>
26:32	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Elisabeth Selbert hat ja dafür gekämpft diesen ganz einfachen Satz durchzusetzen: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ Aber es war nicht einfach das durchzusetzen oder?“</i>
26:40	<b>Dr. Dietmar Preißler:</b> <i>„Das war damals kaum durchsetzbar. Man wollte diese Weimarer Formulierung noch mal haben - das man staatsbürgerlich gleich ist. Aber ihr ging es darum, dass Männer und Frauen in allen Bereichen gleichberechtigt sind.“</i>
26:52	<b>Auf den Schultern der Frauen wird das Land aufgebaut. Sie füllen die Positionen der fehlenden Männer. Sie sind mehrheitlich die Familienoberhäupter und halten alles zusammen, sorgen für den Lebensunterhalt der Familie und die Kindererziehung.</b> <b>Doch die Männer wünschen sich die Frauen an den Herd zurück. Einer, der an den althergebrachten Verhältnissen festhält,</b>
27:19	<b>ist der Stuttgarter FDP-Politiker Theodor Heuss – obwohl er selbst eine moderne Ehe führt. Unter der Nazi-Diktatur verdiente seine Frau Elly das Geld als Werbetexterin, während der liberale Journalist und Politiker Heuss kaltgestellt war. Nach dem Krieg zieht Heuss als Abgeordneter von Württemberg-Baden in den Parlamentarischen Rat ein.</b>

27:42	<b>Dort lehnt Heuss mit seinen männlichen Kollegen den Vorschlag Elisabeth Selberts mehrfach ab. Gleiche staatsbürgerliche Rechte, finden sie, seien vollkommen ausreichend. Eine Lösung, die für Selbert nicht akzeptabel ist.</b>
27:58	<b>Gertrude Lübbecke-Wolff:</b> <i>„Weil die Gleichberechtigung, wenn sie sich nur auf die staatsbürgerlichen Rechte bezieht, den gesamten Bereich des Familienrechts zum Beispiel überhaupt nicht eingeschlossen hätte und das war natürlich gerade ein ganz entscheidender Punkt, wo die Rechtslage einfach noch für unser heutiges Verständnis damals ganz altertümlich war: Der Mann hatte das letzte Wort in allen Angelegenheiten der Familie, konnte die Arbeitsverhältnisse seiner Ehefrau kündigen und solche Dinge, und dem wollte Elisabeth Selbert natürlich auch ein Ende gesetzt sehen.“</i>
28:38	<b>Selbert erreicht, dass bis ins Jahr 1949 hinein der Parlamentarische Rat von wütenden Frauen mit Briefen bombardiert wird. Sie fordern die volle Gleichberechtigung -</b>
28:50	<b>Und nicht nur das, was ihnen insbesondere die männlichen Parlamentarier von FDP, CDU und CSU zugestehen wollen.</b>
29:00	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Elisabeth Selbert hat noch ein besonderes Ass im Ärmel. Sie wendet sich direkt an die Ehefrauen der CDU-Ratsmitglieder, um auf privater Ebene Druck auszuüben. Mit Erfolg. Am 6. Dezember schreibt sie an eine Freundin, die angesprochenen Ehefrauen meutern bereits gegen ihre Ehemänner. Aufgrund des öffentlichen Protest bricht der Widerstand der Männer im Parlamentarischen Rat innerhalb kürzester Zeit zusammen.“</i>
29:22	<b>Theodor Heuss, späterer Bundespräsident, beschreibt Selberts Protestwelle damals ironisch als „Quasi-Stürmlein“. Die gesamte Familiengesetzgebung des Bürgerlichen Gesetzbuches – mitsamt den Vorrechten der Ehemänner – aus den Angeln zu heben, das behagte den meisten Männern nicht.</b>
29:40	<b>Gertrude Lübbecke-Wolff:</b> <i>„Ach, ich finde das erklärt sich leicht. Von lieb gewonnenen Privilegien nimmt man halt nicht wahnsinnig gerne Abschied und es ist natürlich für Männer, war schön, sich schon kraft Geburt als männliches Wesen einer Hälfte der Menschheit von vornherein überlegen fühlen zu dürfen und zu Hause jemanden vorzufinden, der sich um die Versorgung der Familie kümmert und einen von all diesen Aufgaben dann auch entlastet, ohne durch andere Dinge abgelenkt zu sein. Das ist doch wunderbar.“</i>
30:18	<b>Die Frauenoffensive war letztlich erfolgreich – im Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“.</b>
30:30	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Haben wir das Ziel von Elisabeth Selbert nach 70 Jahren erreicht? Männer und Frauen sind gleichberechtigt – das ist auch heute noch ein Satz mit erheblicher Sprengkraft. Ich bin unterwegs zu einer Schreinermeisterin, die mir darüber eine Menge erzählen kann.“</i>
30:44	<b>Universität Stuttgart, Fakultät Architektur und Stadtplanung. Edeltraud Walla betreut hier Architekturstudenten beim Modellbau.</b>

30:58	<b>Edeltraud Walla:</b> <i>„Vor 25 Jahren habe ich hier angefangen als Werkstattleiterin dieser Modellbauwerkstatt, da war mein Kollege schon im Haus.“</i>
31:08	<b>Und später verdiente dieser Kollege 4400€ Euro brutto im Monat und Frau Walla nur 3100 Euro. Obwohl er Facharbeiter war und sie höher qualifizierte Meisterin.</b>
31:18	<b>Edeltraud Walla:</b> <i>“Bei mir waren es 1300 Euro weniger, das tut weh, für die gleiche Tätigkeit – warum ist ein Mann mehr wert und warum kriegt die Frau weniger, verstehe ich nicht.“</i>
31:28	<b>FB:</b> <i>Sie sind dann vor Gericht gegangen. Wie haben Sie das Gerichtsverfahren durch all die Instanzen bis hin nach Karlsruhe erlebt?</i> <b>Walla:</b> <i>„Also ich muss sagen, die erste Enttäuschung war beim Arbeitsgericht in Stuttgart, das man das so gar nicht sieht. Das Allerschlimmste war dann allerdings die Wartezeit – das Bundesverfassungsgericht hat sich gut zwei Jahre Zeit gelassen. Und wenn Sie zwei Jahre lang zum Briefkasten gehen und denken, jetzt endlich, es wird angenommen. Und dann kriegen Sie einen Brief: wird nicht angenommen, ohne Angaben von Gründen – das, finde ich, ist eine Ohrfeige.“</i> <b>FB:</b> <i>„Und diese Begründung - man konnte ihn nicht mehr runterstufen - das hat ja auch einen gewissen sozialen Aspekt, wenn man das Urteil liest, können Sie damit gar nichts anfangen?“</i> <b>Walla:</b> <i>„Nein, nicht wirklich, denn - klar herunterstufen tut dem Kollegen sicherlich sehr weh, ist ne Möglichkeit, aber ich hätte natürlich begrüßt, dass man mich höherstuft. Und der Spruch ist: Wenn man will, findet man Wege und wenn man nicht will, findet man Gründe. Die Universität Stuttgart hat einen Grund gefunden, warum sie mich nicht höherstufen.“</i>
32:29	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Frau Walla hatte vor Gericht keinen Erfolg, durch alle Instanzen bis nach Karlsruhe, denn sie sei nicht wegen ihres Geschlechtes geringer bezahlt worden, also weil sie eine Frau ist, sondern wegen der Vorgeschichte in diesem konkreten Fall. Ihr Kollege habe früher eine höherwertige Arbeit ausgeführt und dafür mehr Geld bekommen, später, bei gleichwertiger Arbeit, habe man ihn aus rechtlichen Gründen nicht mehr zurückstufen können. Die Universität Stuttgart hat den Rechtsstreit also gewonnen.“</i>
32:59	<b>Wie Edeltraud Walla geht es vielen. Die wenigsten Kläger gewinnen hier, es sind nur rund 2 Prozent. Das Gericht muss immer prüfen, ob tatsächlich Grundrechte verletzt wurden.</b>
33:11	<b>In der Nachkriegszeit sind die Probleme der Deutschen existentiell. Viele Menschen sind entwurzelt, Familien zerrissen, die Infrastruktur schwer getroffen.</b>
33:23	<b>Original-Kommentar Wochenschau:</b> <i>„Eine der tragischsten Rückwirkungen von Krieg und Hitlerpolitik ist das Problem der Flüchtlinge. Wie Blätter im Wind treiben sie durch das Land oder rücken in gedrängten Kolonnen über Straßen- oder Schienenwege auf der Suche nach einer neuen Heimat. Auf der Karte wird das Reiseziel und der vermutliche neue Wohnort studiert. Er wird ihr ganzes zukünftiges Leben bestimmen. Doch vorläufig ist der kleine Raum in der Mitte des Waggons noch ihr einziges Asyl, ihre rollende Heimat. Die Flüchtlingsmillionen in</i>

	<i>allen Gauen und Zonen Deutschlands büßen jetzt mit ihrem Schicksal für die Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtpolitik."</i>
34:01	<b>7 Millionen Heimatvertriebene suchen in den Westzonen Unterkünfte und ein neues Zuhause. Viele werden in ländlichen Gebieten untergebracht. In den zerstörten Städten gibt es nicht genügend Wohnraum.</b>  <b>Barackenlager, notdürftig zusammengezimmert, sind für viele die erste Auffangstation.</b>
34:28	<b>Auch hier in Seckach im Odenwald finden heimatvertriebene Deutsche vorübergehend Zuflucht, bevor sie auf die Orte der Umgebung verteilt werden.</b>
34:44	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„In vielen Familien heute kennt man noch dieses Flüchtlingsschicksal von damals. Im Parlamentarischen Rat ist man sich 1948 einig, dass die werdende Bundesrepublik die vertriebenen Deutschen aufnehmen muss. Doch sollte man zusätzlich auch politisch verfolgte Ausländer aufnehmen? Viele Abgeordnete wollen das Asylrecht einschränken, etwa nur politisch Verfolgte aufnehmen, die sich besonders für die Demokratie eingesetzt haben.“</i>
35:09	<b>Im Rat setzt sich Carlo Schmid im Namen der SPD dafür ein, dass das Asylrecht für alle gelten soll.</b>
35:15	<b>Unterstützung findet er beim CDU-Abgeordneten Hermann von Mangoldt. Auch dieser lehnt Einschränkungen des Asylrechts ab, insbesondere, dass die Polizei an der Grenze entscheiden darf, wer als Asylsuchender ins Land kommt.</b>
35:33	<b>Gerhart Baum:</b> <i>„Das Grundrecht auf Asyl ist hervorgegangen aus der Lebenserfahrung der dort handelnden Personen. Viele waren Emigranten, viele haben erlebt, dass Menschen unser Land verlassen mussten und Schwierigkeiten hatten, Zuflucht zu finden in anderen Ländern.“</i>
35:54	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Am Ende können Carlo Schmid und Hermann von Mangoldt den Rat überzeugen. Eine selten große Einigkeit herrscht, als die Bestimmung ganz einfach gefasst wird: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“</i>
36:05	<b>Gerhart Baum:</b> <i>„Das war ein Herzensbedürfnis des Parlamentarischen Rates und es ist natürlich angesiedelt in der damaligen Situation. Sie konnten sich nicht vorstellen, welchem Druck wir heute ausgesetzt sind.“</i>
36:25	<b>Eine weltweite Flüchtlingsbewegung, ausgelöst durch Bürgerkriege und wirtschaftliche Krisen, hält Deutschland und Europa in Atem. Zehntausende machen sich auf den Weg über das Mittelmeer, riskieren dabei ihr Leben. Viele davon wollen auch nach Deutschland. Ihre Hoffnung: Das deutsche Asylrecht. (O-Ton „Don't worry“)</b> <b>Das wurde jedoch schon in den 90er Jahren deutlich eingeschränkt.</b>
36:54	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„Nur etwa ein Prozent der Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, bekommen es auf Basis des deutschen Grundrechts. Politisch Verfolgte und</i>

	<i>Bürgerkriegsflüchtlinge erhalten heute viel häufiger Schutz über europäische Regeln und die Genfer Flüchtlingskonvention."</i>
37:09	<b>Auch wenn die zentralen Prinzipien des Grundgesetzes eine Bestandsgarantie haben: Einzelne Rechte haben sich im Lauf der Zeit verändert. Das Grundgesetz passt sich neuen Anforderungen an: In den letzten 70 Jahren gab es 62 Änderungen.</b>
37:25	<b>1949 hängt das Schicksal von Richard Schuh am seidenen Faden. Der Raubmörder, der einen Menschen wegen sechs Autoreifen umbrachte, ist rechtskräftig verurteilt. Die Strafe: Tod durch die Guillotine.</b>  <b>Während er auf die Vollstreckung wartet, diskutiert der Parlamentarische Rat, ob durch das neue Grundgesetz die Todesstrafe abgeschafft werden soll. Über Wochen streiten sich Gegner und Befürworter.</b>
37:59	<b>Einer der entschiedensten Gegner der Todesstrafe ist der Ludwigshafener Anwalt Friedrich Wilhelm Wagner. Als aktiver Widerständler wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet, konnte jedoch fliehen und kam knapp mit dem Leben davon. 1948 lehnt der SPD-Abgeordnete im Parlamentarischen Rat die Beibehaltung der Todesstrafe...</b>
38:24	<b>...mit dem Satz ab: „Der Staat, der das Leben nicht gegeben hat, hat auch nicht das Recht, es zu nehmen.“ Unterstützung erhält Wagner dabei von seinem Parteigenossen Carlo Schmid.</b>
38:38	<b>Originalton Carlo Schmid:</b> <i>„Ich bin gegen die Todesstrafe, weil ich niemandem zumuten möchte, Henker sein zu müssen, und weil ich niemanden in die Versuchung führen möchte, Henker sein zu wollen“</i>
38:49	<b>Als Justizminister von Württemberg-Hohenzollern versucht Carlo Schmid, die Begnadigung von Richard Schuh zu erwirken. Doch er scheitert. Am 18. Februar 1949, noch während die Parlamentarier diskutieren, wird der zum Tode Verurteilte durch eine Guillotine hingerichtet.</b>
39:10	<b>Im Rat kämpft der Koblenzer CDU-Abgeordnete Adolf Süsterhenn <u>für</u> den Erhalt der Todesstrafe.</b>
39:18	<b>Adolf Süsterhenn:</b> <i>„Der Wert des menschlichen Lebens und damit die Verwerflichkeit des Mordes werden demjenigen, der sich mit Mordgedanken trägt, am nachdrücklichsten dadurch vor Augen gestellt, das jeder, der das Leben seiner Mitmenschen vorsätzlich und rechtswidrig vernichtet, damit selbst das Risiko der eigenen Lebensvernichtung durch die Todesstrafe auf sich nimmt“.</i>
39:41	<b>Als Justizminister von Rheinland-Pfalz will er außerdem die Todesstrafe an Irmgard K. vollstrecken lassen, die im Gefängnis von Diez auf ihre Hinrichtung wartet.</b>
39:52	<b>Doch Süsterhenn hat ein Problem: sein Land besitzt kein Hinrichtungsgesetz. Er muss den Bau der Guillotine erst in Auftrag geben. Erst nach Monaten ist das Fallbeil fertig. Heute steht es im Landesarchiv Koblenz.</b>
40:09	<b>14 Messerschmiede hatten es abgelehnt, dieses Fallmesser zu schmieden.</b>

	<i>Frei</i>
40:20	<b>Im April 1949 könnte das Urteil vollstreckt werden. Doch dies verhindert die Todeskandidatin, indem sie ihr Geständnis zurückzieht und die Wiederaufnahme des Verfahrens erreicht.</b>
40:33	<b>Bonn, 5. Mai 1949. Schlussberatungen des Parlamentarischen Rates. Süsterhenn will sein großes Plädoyer für die Todesstrafe halten. Doch auf dem Weg zum Rat rast sein Fahrer in einen LKW. Süsterhenn erleidet schwere Verletzungen.</b>
40:50	<b>Frank Bräutigam:</b> <i>„So findet die entscheidende Sitzung ohne ihn statt – und die Gegner der Todesstrafe tragen in der Abstimmung den Sieg davon. In Artikel 102 Grundgesetz formulieren sie: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“</i>
41:02	<b>Die Guillotine kommt nicht zum Einsatz. Das Grundgesetz hat der Todeskandidatin Irmgard K. endgültig das Leben gerettet. Ihre Strafe wird in lebenslange Haft umgewandelt. 1970 kommt sie vorzeitig frei.</b>
41:18	<b>Genau 265 Tage, viel länger als vorgesehen, arbeiten die Parlamentarier am Grundgesetz. Doch eins bleibt offen: Was werden die Alliierten zum Ergebnis sagen?</b>
41:31	<b>Tatsächlich haben diese noch schwere Bedenken, der Bundesstaat ist ihnen gegenüber den Ländern zu mächtig. In langen Sitzungen werden Kompromisse geschmiedet.</b>
41:45	<b>Am 8. Mai 1949 haben es die Westdeutschen geschafft.</b>
41:54	<b>Originalton Wochenschau:</b> <i>„Der parlamentarische Rat in Bonn hat das in 8 Monaten entstandene Grundgesetz für die neue Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Mit 53 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen nahmen die Abgeordneten das Verfassungswerk an.“</i>
42:09	<b>Ferdinand Kirchhof:</b> <i>„Das war das Zeitalter des Bakelit-Telefons und des Fernschreibers und die Autos sind noch mit Holzvergaser gefahren, also eine ganz andere Zeit als heute. Die haben das aber so knapp und präzise, und ich würde sagen, so modern formuliert, dass die Texte sich heute auf ganz neue Situationen umstellen.“</i>
42:28	<b>Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz unterzeichnet und tritt in Kraft. Seit der Wiedervereinigung 1990 gilt es für ganz Deutschland.</b>
42:39	<b>Gerhart Baum:</b> <i>„In der Präambel des Grundgesetzes steht ein sehr beachtenswerter Satz. Die Deutschen sind aufgefordert, wir alle, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Das ist ein toller Auftrag. Also vereinigen wir Europa und dienen wir dem Frieden der Welt, das haben wir eigentlich bis jetzt ganz gut hingekriegt.“</i>
43:06	<b>Manche ahnen im Mai 1949, wie grundlegend der Neuanfang Westdeutschlands ist. Das Grundgesetz garantiert ein bisher ungekannt hohes Maß an Freiheit.</b>
43:21	<b>Und Theodor Heuss formuliert in seiner letzten Rede im Rat eine bescheidene Hoffnung:</b>
43:28	<b>Theodor Heuss:</b> <i>„Und unsere politische Arbeit, die mag in dem Ergebnis dieses Tages ein ganz kleines Stück festen Boden gefunden haben.“</i>

70 Jahre Grundgesetz - Unsere lebendige Verfassung (Sendung)  
 46800322 (DVD-Signatur Medienzentren)

43:39	<p><b>Frank Bräutigam:</b>  <i>„Dieses kleine Stück festen Bodens – unser damals noch provisorisch gedachtes Grundgesetz – hat sich als solides Fundament erwiesen. Unser Grundgesetz, das den Schutz der Menschenwürde voranstellt und jedem die Möglichkeit gibt, Verfassungsbeschwerde zu erheben, ist sogar zu einem Exportschlager geworden - ein Referenzpunkt für viele andere demokratische Verfassungen überall auf der Welt. All das ist den 65 Frauen und Männern im Parlamentarischen Rat zu verdanken. Hätten sie gewusst, dass ihr Grundgesetz so lange halten würde, sie hätten sich bestimmt gefreut.“</i></p>
44:16	<p><b>Abspann</b></p>
44:31	<p><b>Ende</b></p>